

Sehr geehrter Herr Städteregionsrat.

Sehr geehrte Damen und Herren.

Vor uns liegt der Haushalt 2010. Der erste Haushalt der Städteregion Aachen. Ein Haushalt mit **neuen Dimensionen**. 480 Mio., also fast eine halbe Milliarde Euro umfasst der Haushalt 2010.

Davon entfallen alleine 330 Millionen € auf die Sozialleistungen, einschließlich der Landschaftsverbands-Umlage! Das sind fast 70% des Haushalts. Und das ist rund 30 Mio. EUR mehr als die gesamte von den Kommunen gezahlte Regionsumlage.

Alleine die "Leistungen für Unterkunft und Heizung" steigen um mehr als 12%. Und das liegt doch nicht an der Städteregion - das liegt an einer unheiligen, ganz großen Koalition in Berlin, die noch vorgestern einen Antrag der GRÜNEN, den Bundesanteil an diesen Kosten zu erhöhen, abgelehnt hat: Und das mit den Stimmen nicht nur von CDU und FDP, sondern auch aller SPD-Abgeordneten!

Meine Damen und Herren,

ein Großteil des Haushalts ist von uns nicht unmittelbar beeinflussbar. Und dennoch ist er natürlich Ausdruck des **politischen Gestaltungswillens** zu dem uns die Kreisordnung nicht nur **berechtigt**, sondern auch **verpflichtet**.

Wir nehmen unsere Rechte und Pflichten der kommunalen Selbstverwaltung wahr und engagieren uns im Rahmen unseres **politischen Selbstverständnisses** für alle **Bürgerinnen und Bürger der Städteregion**.

Wir sind davon überzeugt, dass der heute zu verabschiedende Haushalt im Rahmen dieser Rechte und Pflichten eine faire und ehrliche Grundlage für die Politik der Städteregion heute und in der Zukunft darstellt.

### **Ein fairer und ehrlicher Haushalt für die Bürgerinnen und Bürger der Städteregion.**

Die Städteregion ist zuständig für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Betreuung **all** ihrer Einwohner, egal in welcher der regionsangehörigen Kommunen diese wohnen. Jede Einwohnerin und jeder Einwohner hat das gleiche Recht, die Leistungen der Städteregion in Anspruch zu nehmen.

---

Und deshalb erhöhen wir **selbstverständlich** die Zuwendungen an die Sport- und Kulturvereine anteilmäßig, damit sie sowohl den Vereinen im ehemaligen Kreisgebiet, als auch in der Stadt Aachen zur Verfügung stehen.

Und deshalb werden wir auch **weiterhin** umweltschonende Investitionen in die Nutzung regenerativer Energien und die Regenwassernutzung mit geringen Zuschüssen unterstützen.

Aber wir sind auch so ehrlich zu sagen, dass eine weitere **Erhöhung** dieser Zuwendungen in der nahen Zukunft nicht möglich sein wird.

Wir wollen darüber hinaus **diejenigen** stützen, die in der aktuellen Krise in wirtschaftliche **Schwierigkeiten** geraten sind. Deshalb ist für uns die Aufrechterhaltung und Verbesserung der Schuldnerberatung für unverzichtbar. Aber nicht nur als reine Rechtsberatung - für uns **gehören zum Beratungsangebot** auch Schuldenregulierung, Haushaltsberatung und lebenspraktische sowie psychosoziale Beratung und Begleitung. Daher stellen wir im Haushalt die Mittel für eine **weitere Stellenbezuschung** bei freien Trägern ein.

Die Städteregion soll eine **Modellregion für Klimaschutz** und nachhaltiges Wirtschaften werden. Klimaschutz ist aber mehr als Gebäudesanierung und Energieerzeugung. Klimaschutz bedeutet auch die Frage nach der Wirtschaft, dem Verkehr, dem Konsum, kurz: dem Leben in der Zukunft. Wir betonen die **Bedeutung** dieser Aufgabe dadurch, dass wir einen eigenen, **demokratisch** besetzten Unterausschuss bilden werden, der sich diesem Thema widmet. Und der durch ein kleines Budget in Höhe von 10 TEUR in die Lage versetzt wird, sich beispielsweise durch Expertenanhörungen und Vorträge informieren zu lassen. Beim Thema **"Elektromobilität"** muss die Städteregion eine **koordinierende** und **steuernde** Aufgabe übernehmen. Erste Planungen dazu wollen wir ebenfalls mit dem Betrag von 10 TEUR im Haushalt verankern.

## Ein fairer und ehrlicher Haushalt für Initiativen und Verbände

Die Städteregion ist eine **Bildungsregion** - und deshalb investieren wir in Bildung. Nicht nur in unsere **Berufskollegs**, sondern auch in die allgemeine und berufliche **Weiterbildung**.

Und deshalb kann auch der VABW auf uns **zählen**. Wir sind gerne bereit, die vom VABW geforderten zusätzlichen 131 T€ zur Verfügung zu stellen. Doch wir wollten zunächst wissen, wie der VABW seine Arbeit im erweiterten Raum der Städteregion in den kommenden Jahren konkret gestalten will, welche Maßnahmen er plant und wie die Kooperation mit anderen, gerade in der Stadt Aachen etablierten Weiterbildungsträgern aussehen soll. Aus diesem Grund hatten wir die Erhöhung des Zuschusses zunächst mit einem **Sperrvermerk** versehen. Ich bin sehr erfreut darüber, dass der Vorstand des VABW diese Forderungen nun erfüllt hat und wir selbstverständlich den Sperrvermerk gerne entfernen.

Mit dem **Bildungsbüro** haben wir eine chancenreiche neue Institution geschaffen, die in allererster Linie der Vernetzung der schulischen und außerschulischen Institutionen und Partner im Bildungsbereich dienen will. 12,5 Mitarbeiter sind im Bildungsbüro mit dieser Arbeit und dem "Lernen vor Ort" beschäftigt. Und deshalb sind wir so ehrlich zu sagen, dass wir nicht ganz nachvollziehen können, warum die Städteregion nun zusätzlich noch einen Verein finanzieren soll, der das **gleiche Ziel** hat. Vor Allem, wenn dieser Verein selber überhaupt keinen Antrag gestellt hat und uns auch keinerlei belastbare Auskünfte über Einnahmen und Ausgaben zur Verfügung stehen.

Im **Gesundheits- und Sozialbereich** setzen wir auch in Zukunft auf die bewährte Zusammenarbeit mit den freien Trägern, mit denen wir seit Jahren erfolgreich zusammen arbeiten. Wir werden daher die Förderungen in 2010 nicht kürzen, sondern bei denen, die seit 2008 keine Erhöhung hatten moderat bis zu 8% **erhöhen!** Aber wir sind auch so ehrlich zu sagen, dass bei den Initiativen, deren Budget wir bereits im letzten Jahr außerplanmäßig erhöht haben, in 2010 eine weitere Steigerung nicht möglich ist.

Und dass es grundsätzlich keine neuen dauerhaften freiwilligen Ausgaben mehr geben kann.

**Ein fairer und ehrlicher Haushalt für die Mitarbeiter.**

Die Zusammenführung der Verwaltungen war ein gewaltiger Kraftakt, aber sie ist mit Hilfe aller MitarbeiterInnen erfolgreich verlaufen. Deshalb möchte ich mich hier im Namen meiner Fraktion ausdrücklich bei den Personalräten und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern **bedanken!**

Und wir versichern an dieser Stelle **ausdrücklich**: Wir stehen zu unserem Wort: Die Gründung der Städteregion wird nicht zu betriebsbedingten Kündigungen führen.

Aber wir sind auch so ehrlich zu sagen, dass zukünftige Einsparungen nötig sind! Und das wir diese durch die natürliche Fluktuation des Personals erreichen werden.

Unsere MitarbeiterInnen sind uns wichtig! Deshalb werden wir auch in Zukunft in die **Fort- und Weiterbildung** unseres Personals investieren – denn wir wissen, dass nur qualifiziertes Personal uns sicher durch die Probleme der nächsten Jahrzehnte führen kann.

Den Plänen der Opposition, bei der Fortbildung zu sparen oder den Betriebskindergarten zu schließen oder das Jobticket abzuschaffen erteilen wir eine klare, unmissverständliche und endgültige **Absage!**

**Ein fairer und ehrlicher Haushalt für die Kommunen.**

**Natürlich** hat jeder Bürgermeister das Recht, für eine niedrigere Regionsumlage zu kämpfen. Dafür haben wir Verständnis.

Und **natürlich** hat die Opposition das Recht, die Bürgermeister zu unterstützen. Auch dafür haben wir Verständnis.

**Kein Verständnis** haben wir aber dafür, wenn dieser Kampf mit willkürlichen Zahlen und falschen Behauptungen geführt wird.

**Kein Verständnis** haben wir dafür, wenn ein Bürgermeister behauptet, seine Stadt würde mit 2,6 Mio. EUR mehr belastet, wenn die tatsächliche Belastung nur rund ein Viertel davon beträgt.

**Kein Verständnis** haben wir dafür, wenn man durch die Lande zieht und das Märchen von den ausufernden freiwilligen Ausgaben erzählt. Selbst wenn man die obskuren Sparpläne der Opposition zu Grunde legt, betragen die freiwilligen Ausgaben deutlich unter 2 Millionen €. Das ist noch nicht einmal **ein halbes Prozent** des Gesamthaushalts!

**Kein Verständnis** haben wir zudem für den Versuch der Opposition, den parteipolitischen Streit um die Höhe der Regionsumlage dafür zu nutzen, Stimmung gegen die Städteregion insgesamt zu machen. Damit schaden Sie doch nicht GRÜNEN oder CDU - damit **schaden Sie** allen Bürgerinnen und Bürgern der Städteregion!

**Kein Verständnis** haben wir dafür, wenn man Kommunen erster und zweiter Klasse schaffen will - und bei den einen den Haushalt entlastet aber bei den anderen den Haushalt belasten will.

Auch hier sind wir fair und ehrlich. Die Jugendamtskommunen werden in diesem Jahr mit zusätzlichen 4 Mio. EUR besonders stark belastet, weil wir - in Abstimmung mit den Kommunen - unser ehrgeiziges Programm zur Schaffung von KITA-Plätzen weiterführen. Aber wir sind dann auch so fair, darauf nicht auch noch 400 TEUR für ein beitragsfreies Kindergartenjahr draufzusatteln.

Allerdings stellen wir uns **der sozialen Herausforderung**, dass kein Kind aus finanziellen Gründen vom Besuch der KITA ausgeschlossen sein darf. Wir werden daher die Struktur und Höhe der Beitragssätze ändern, mit dem Ziel, möglichst eine einheitliche Regelung für alle KITAs in der Städteregion zu erreichen.

Die Städteregion ist **kein Selbstzweck**. Sie ist auch kein feudales Fürstentum, welches sich auf Kosten seiner Lehnsherren bereichert. Nein, die Städteregion übernimmt nach den **gesetzlichen Richtlinien** der Kreisordnung und dem Aachen-Gesetz Aufgaben für die regions-angehörigen Kommunen. Das lässt sich in diesem Jahr am Beispiel der Stadt Aachen besonders gut aufzeigen: Die Städteregion **übernimmt** für die Stadt Aachen in

2010 erstmals Aufgaben und erhält dafür neben der Regionsumlage auch Ausgleichszahlungen. Unterm Strich aber spart die Stadt für ihren Haushalt einen Millionenbetrag ein. Mit anderen Worten: Ohne die Städteregion würde der Haushalt der Stadt Aachen mehr belastet als mit der Städteregion.

Der Haushalt 2010 wird belastet durch die **Mehraufwendungen** im Bereich der **Sozialen Ausgaben**. Diese betragen alleine im A50 (Amt für soziale Angelegenheiten), bezogen auf die 9 ehemaligen kreisangehörigen Kommunen mehr als 10,5 Mio. €! Die Mehrbelastung dieser 9 Kommunen durch die Regionsumlage beträgt dagegen etwa 4,3 Mio. €. Die gesamten **restlichen Mehrkosten** trägt die Städteregion durch den Griff in die Ausgleichsrücklage.

Aber da steht ja keine Truhe mit Golddukaten, aus der diese Zahlungen erfolgen könnten. Nein, die Verringerung der Ausgleichsrücklage führt zu einer Steigerung der Schulden. Schulden, die mit Zinseszinsen in der Zukunft abbezahlt werden müssen.

Wir werden in Übereinstimmung mit den Gesetzen unser Vermögen so verwalten, dass die Finanzen gesund bleiben. Und dabei haben wir die wirtschaftlichen Kräfte der regions-angehörigen Gemeinden durchaus im Blick.

Allerdings blicken wir über den 2-Jahres-**Horizont der Opposition** hinaus. Wir wollen die Ausgleichsrücklage nicht in 2 Jahren "durchbringen", wie die SPD das möchte.

Wir gehen verantwortungsvoll und sparsam mit unseren Ressourcen um und wollen über einen Zeitraum von mindestens 4 Jahren in der Lage sein, weitere Haushaltsverschlechterungen **abzufedern**.

Die im Aachen-Gesetz festgelegten **Einsparziele** werden wir erreichen. Bereits in diesem Jahr überschreiten die Einsparungen den geforderten Betrag um mehr als 1 Mio. EUR. Auch wenn die FDP durch alle möglichen **Taschenspielertricks** das Gegenteil beweisen möchte: Die im Gesetz vorgegebenen Ziele sind erreicht!

Aber wir wollen noch mehr! Wir wollen die Kosten bei Personal und IT-Technik für die kommenden Jahre auf den Haushaltsansatz von 2010 begrenzen, d.h. alle Lohn- und

Preissteigerungen müssen durch Einsparungen aufgefangen werden. Und wir sind uns sicher, dass unsere Verwaltung auch dieses ehrgeizige Ziel schaffen wird!

Ich fasse zusammen:

- CDU und GRÜNE legen gemeinsam mit dem Städteregionsrat heute einen fairen und ehrlichen Haushalt vor.
- CDU und GRÜNE führen keine Kürzungen bei Zuschüssen an Vereine, freie Träger und Bürgern durch.
- CDU und GRÜNE wälzen die drastische Steigerung der Ausgaben im Sozialbereich nur zum geringeren Teil auf die Kommunen ab.
- CDU und GRÜNE gehen sparsam und umsichtig mit dem Vermögen der Städteregion um und erhalten so den finanziellen Spielraum für die Zukunft.
- CDU und GRÜNE stellen sich der großen Herausforderung des Klimawandels.
- CDU und GRÜNE stehen zu ihrem Wort, die Synergieeffekte durch die Städteregion zu verwirklichen - und das ohne betriebsbedingte Kündigungen.

**Und deshalb wird die Fraktion der GRÜNEN diesem Haushalt sowie dem Stellenplan und der gemeinsam mit der CDU eingebrachten Erklärung zustimmen!**

Vielen Dank!